

werden die 6 getragene Reichsheide oder deren Raum mit 30 Wg., welche aus Halle mit 20 Wg. berechnet sind in unteren Nummernstellen und allen Annoncen-Erscheinungen angemessen. Retamen die Seite 75 W. für Halle, auswärts 1 Wl.

Erscheint täglich vormals, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Mr. 567.

Halle a. S., Sonntag, den 3. Dezember.

1911.

Die französische Offensive gegen Deutschland.

Recht hoch gingen in Frankreich während der letzten beiden Weltkriege wieder einmal die Wogen des deutsch-feindlichen Chauvinismus. Nicht nur Tageszeitungen wie „La France militaire“ mit ihren systematisch herausgegebenen Artikeln taten sich täglich in der Aufstachelung der Meinungs-Masse, sondern auch Einzelschriften erschienen rasch nacheinander auf dem Büchermarkt, um eine Kriegserklärung ähnlich wie 1870 in Heer und Volk in Frankreich zu entfeuern. — Wenn der Wert der meisten dieser Flugblätter über den nächsten Tag kaum hinausging, so war den Schriften des Colonel Boucher eine allgemeinere und ernstere Beachtung beschieden. Schon seine erste Arbeit „La France victorieuse dans la guerre de demain“ hat in Frankreich außerordentliches Aufsehen erregt. Nun ist als Ergänzung dazu von demselben Verfasser seine zweite Arbeit erschienen, die uns so bedeutungsvoll erscheint, daß die soeben erschienene deutsche Uebersetzung (?) allgemeinen Interesse begegnen dürfte. Denn diese neue Schrift des Colonel Boucher ist zweifellos ein Symptom des sich immer fröhlicher entfaltenden französischen Stärkebewußtseins. Gipfel ihrer Zweck doch darin, mit der angeblich seit 1870/71 in Frankreich eingewirkelten Auffassung gründlich aufzuräumen, als könne Frankreich im Falle eines neuen Krieges mit uns unbedingt nur an eine defensive Kriegsführung denken.

Durch den Verlag der deutschen Ausgabe, der uns die ersten Korrekturfahnen zur Verfügung gestellt hat, sehen wir uns in der Lage, unseren Lesern heute schon einen kleinen Auszug der hochinteressanten Schrift zu vermittel:

„Wenn wir in unserer letzten Studie in der Defensive verblieben sind, so geschah es, weil wir von vornherein angenommen hatten, daß unser Gegner uns gegenüber eine große Ueberlegenheit besäße.

Aber wie ein Löwe, der von einem anderen angegriffen wird, den er für härter hält, sich erst kammert, um ihn zu beißen und mit den Klauen ans Herz zu packen, so hat sich auch unser Gegner gegen uns eine Reihe von Schwächen gezeigt, so haben wir uns an der Grenze aufgestellt, wo wir nur einen Sprung zu machen brauchen, um sie zu überschreiten. Es war dazu erforderlich, für unsern Gegner die günstigen Bedingungen anzunehmen, um unseren Schlusfolgerungen mehr Kraft zu verleihen.

Nur aus diesem Grunde haben wir angenommen, daß er vorzuziehen geföhrt werde, daß er alle inneren Werte besäße, daß er durch seine Verbündeten tatkraftig unterstützt werde, so daß er gegen uns seine gesamten aktiven Streitkräfte verwenden, daß er uns in jeder Lage von dem zehnten Tage an durchschreiten konnte, sogar ehe er seine Kräfte völlig organisiert hatte usw. usw.

Jetzt bleibt nur übrig, zu untersuchen, ob es zu Wirklichkeit so gut mit ihm bestellt ist.

Wilhelm II. wird in der Geschichte seines Volkes einen sehr bedeutenden Platz behalten.

Man muß bis zu den berühmten Eroberern zurückgehen, um einen Herrscher zu finden, der über sein Heer eine Gewalt besäße, die sich der seinigen vergleichen läßt.

Er ist insofern der durchaus gegebene Oberbefehlshaber, Er ist es also auch, der die höchste Leitung der Operationen ausüben wird.

Er wird aber nicht allein in Vortritten seine Tätigkeit ausüben dürfen. Ihm kommt es außerdem zu, alle Anordnungen zu treffen, um die Waffen im Raum zu halten und zurückzuwerfen und auf dem Meere den englischen Flotten die Spitze zu bieten.

Der Kaiser müßte, um alle Jäden, die nach den verschiedenen Kriegszuständen führen, in der Hand zu behalten, sich in seiner Hauptstadt aufhalten.

Wird er einmalige sich nicht an die Spitze seiner großen Armee in Vortritten zu stellen, und wird er dann, indem diese unter seinem Föhren leidet, instände sein, den gesamten Operationen zu Grunde und zu Wasser die für entscheidende Erfolge notwendige Einheit zu verlieren?

Man muß also daraus schließen, daß der Oberbefehl in Deutschland weit davon entfernt ist, vollkommen zu sein, daß er vielmehr Fehler hat, die einen üblen Einfluß auf den Gang der Ereignisse haben können.

Andererseits ist Wilhelm II. in seinem Wunsch, sein Land immer größer zu machen, nicht immer glücklich in der Richtung, die er seiner allgemeinen Politik gibt.

Die Entsendung des „Panther“ nach Agadir, die als ein gewisser Schwachpunkt betrachtet wurde, bildet sicher einen der größten Fehler, an dessen Gewicht Deutschland lange zu tragen haben wird.

Indem er nicht nur die den Entschluß befehlende, Gewalt (?) anzuwenden, um seinen ungeduldeten Forderungen Geltung zu verschaffen, hat er nicht nur sein Volk, sondern ganz Europa zu der Forderung veranlaßt, daß, wenn der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbricht, er ist, er ganz allein, der der Herausforderer gewesen ist.

Als Bismarck, dem das Reich seine Schöpfung dankt, eine gute Gelegenheit fand, mit Frankreich anzuknüpfen, in der Ueberzeugung, daß die Ueberlegenheit der deutschen Armee ihm den

schließlichen Triumph verschaffen würde, mußte er es so zu machen, selbst um den Preis einer Fälschung (1), daß Frankreich den Krieg erklärte.

Damals ärgerten die Staaten des Sidens, vier Jahre zuvor Frankreichs Feinde, nicht, sich unter seine Gewalt zu stellen, weil diese Erklärung das ganze deutsche Vaterland in Gefahr brachte. Und diese Bereinigung verdoppelte mit einem Schlage die Vereinigung auf den Sieg.

Die gegenwärtige Haltung der Diplomatie kann nur entgegen-gesetzte Wirkungen haben.

Sie hat vom ersten Tage an die Veranlassung zu einem finanziellen Bankrott und einer wirklichen Koppligkeit des Volkes geführt.

Man kann sich jetzt fragen, ob gewisse Elemente des Volkes, und vor allem die Sozialisten, da sie wissen, daß sie eine ungerechte Sache unterstützen würden, sich ins Heer entziehen lassen werden, und ob andererseits gewisse Staaten, Bayern zum Beispiel, dessen Sympathie für Preußen niemals sehr groß war, sich verpflichtet halten werden, in einem Kampfe mitzuwirken, den sie mißbilligen würden.

Auf jeden Fall, selbst wenn die Mobilmachung aller Seereserve sich normal vollziehen sollte, kann man versichert sein, daß die Truppen nicht mit dem Enthusiasmus von 1870 ins Feld rücken werden.

Mit einem Wort, die deutsche Armee wird mit geringerer fähiger Kraft ins Feld ziehen.

Endlich, was wird in seinen Beziehungen zu seinen Verbündeten die Folge der herausfordernden Haltung Deutschlands sein? Nach dem Wortlaute der Verträge von 1893 haben sich Deutschland, Oesterreich und Italien verpflichtet, ihre Kräfte zu vereinigen, wenn Frankreich und Rußland sich gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn oder gegen Deutschland allein wenden.

Deutschland und Italien haben sich verpflichtet, sich für den Fall zu unterstützen, daß eins von beiden von Frankreich angegriffen wird.

Der Vertrag des Dreibundes hat also ein defensives Gepräge. Er ist sogar von Bismarck veröffentlicht, um Europa davon den Beweis zu geben.

Danach sind Oesterreich und Italien in einem von Deutschland erklärten Kriege nicht zu dessen Unterstützung verpflichtet.

So hat es überhört auch Italien aufgehört, daß wir in der Periode vollster Spannung seinen Verbündeten den Rücken kehren sehen, um sich an die Eroberung von Tripolis zu machen.

Andererseits scheint Oesterreich jetzt mehr geneigt, gegen Italien zu marschieren als Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Mit einem Wort, die Entsendung des „Panther“ nach Agadir hat in der Tat die Trennung des Dreibundes veranlaßt und infolge dessen auch die Isolierung unseres Gegners.“

Man liest aus dieser Broschüre des französischen Colonel deutlich heraus: Die Franzosen haben auch in den letzten 40 Jahren nicht gelernt, Logisch zu denken. Ihre politische Logik wird heute noch ebenso von dem Gelehrten nach Revanche erfüllt wie zu jenen Zeiten, als Boulanger, der Abgott der Chauvinisten, auf seinem Pappden die französische Nitrogene inspierte. Colonel Boucher behauptet dreist und gottesfürchtig:

„Der Vorfall von Agadir hat es uns vollständig zum Verständnis gebracht, daß diese Macht nur uns den Krieg zu erklären sucht, einen Krieg, der unsere Existenz bedroht.“

Ja, wie ist uns denn? Ist denn jemals während der Krise in Deutschland so mit dem Sabel gefaltet worden, wie es Frankreich im Vertrauen auf seine Allianzen, England im Vertrauen auf den schützenden Meeresgürtel getan hat?

Die Eitelkeit der Franzosen rühmt sich der Geschicklichkeit ihrer Politik — hat sie, genau gesehen, nicht lediglich darin bestanden, daß sie sich der Vorteile, die der Strepulose vor dem vertrauensvoll Erschienen immer voraus hat, ungenutzt bedient hat?

Die Entsendung des „Panther“ nach Agadir ist vielfach, auch in Deutschland, getadelt worden. Aber, was man auch an der Politik Riberlen-Müllers aussetzen mag, diese Aktion mußte die uneingeschränkte Zustimmung jedes national gekinnten Deutschen finden! Und wer sich erinnert, wie damals der tiefaufstrebende Ansturm: „Endlich!“ durch alle deutschen Gasse ging, der wird auch heute noch sagen, daß jene ernste Verwarnung an den wortbrüchigen Nachbar der richtige Weg gewesen ist, und der grenzenlosen Erbitterung, von der ganz Deutschland erfüllt war, Luft zu machen. Einzelne französische Blätter, z. B. der „Gaulois“, glaubten mit französischem Eifer zu handeln, wenn sie diesen „geste“ als geschmacklos (de mauvais goût) bezeichnen, worauf denn Laurès den Herren den vernünftigen Rat gab, sie möchten sich doch nicht lächerlicher machen als unbedingt nötig wäre.

Unzweifelhaft ist raschlebig und nur zu sehr geneigt, was gestern geschah, ist heute zu übersehen und morgen zu vergessen. Darum ist es notwendig, immer und immer wieder festzuhalten, was und wie eigentlich alles zugegangen ist, und wo — schließlich nicht in Deutschland! — die Schuldigen liegen, die ein kräftliches Spiel mit dem Weltfrieden getrieben haben.

Die Angestellten-Versicherung im Deutschen Reichstag.

215. Sitzung, Sonnabend, 2. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Caspar, v. Glasenapp, Brüninghaus.

Das Haus ist schwach besetzt. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Kleinrentengesetz für China wird nach kurzer Debatte gegen eine kleine Minderheit in dritter Lesung angenommen. Das Haus beginnt sodann mit der zweiten Lesung der Angestelltenversicherung.

Die Beratung geht weiter beim Abschnitt „Rentenaus-schüsse“. In § 134, Wahl der Beisitzer wird auf Antrag Behrens (wirtsch. Agg.) ausdrücklich die schriftliche Abstimmung vorgelesen.

Nach § 138 sind in die Rentenausschüsse nur Männer wählbar. Die Volkspartei und die Sozialdemokraten beantragen auf die Wählbarkeit der Frauen.

Hg. Bornemann (Sp.) begründet den Antrag. Er nimmt Bezug auf die Bestimmungen der Frauen in der Krankenpflege, wo sie bereits unentbehrlich sind.

Ministerdirektor Caspar erwidert um Abschnung. Es handelt sich um richterliche Funktionen, für die die Frauen sich nicht eignen. Die Rentenausschüsse haben selbständig zu entscheiden. Als Vertrauenspersonen können die Frauen sich ausserordentlich betätigen.

Hg. Bornemann (nl.): Die Frau hat sich in der sozialen Fürsorgetätigkeit durchaus bewährt. Sie tritt mit großem Eifer und auch mit großem Verständnis an alle diese Fragen heran. Die Aufgaben der Rentenausschüsse eignen sich durchaus für die Frau. Gerade das Zentrum legt doch sonst neuerdings immer Wert auf die Organisation der Frauen. Einmal muß man mit dem Fortschritt auch auf diesem Gebiete anfangen. Frauen leisten doch große Betriebe oder ihre Abteilungen auszeichnet; warum will man ihnen hier die Befähigung absprechen?

Hg. Bornemann (Sp.): Wenn der Widerstand der Regierung gegen die Uebertragung richterlicher Funktionen an die Frauen unüberwindlich ist, so soll man ihnen doch Verwaltungsfunktionen übertragen.

In der Abstimmung wurden die Anträge abgelehnt. Mit den Parteien der Linken stimmen auch die Arbeiterführer des Zentrums für die Anträge.

Mit § 137 beginnt der Abschnitt Schiedsgericht und Obergerichtsgesetze. Die Sozialdemokraten beantragen an Stelle der Einrichtung besonderer Instanzen für die Angestelltenversicherung die Angliederung an die Rechtsinstanzen der Reichsversicherungsordnung.

Hg. Schmidt (Soz.) gibt für den Antrag eine längere Begründung. Der Entwurf führe zur Zerstückelung und zu viel-

fachen Schwierigkeiten und Verzögerungen. Auch materiell würde die Einheitlichkeit der Instanzen von großem Vorteil sein, u. a. auch in der Kostenersparnis. In der Kommission war eigentlich eine große Mehrheit dafür, insbesondere beim Zentrum, es ist zurückgegeben vor dem Widerspruch der Regierung. Dabei handelt es sich aber gar nicht um eine grundsätzliche Frage, an der das Gesetz wirklich scheitern könnte.

Ministerdirektor Caspar nimmt Bezug auf den Kommissionsbericht, der die Gegenstände der Regierung eingehend darlegt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Bei § 161 wird ein Antrag v. Strombel (Ztr.) angenommen, wonach nicht nur die Beisitzer, sondern auch der Vorsitzende des Schiedsgerichtes und seine Stellvertreter nicht Mitglieder des Obergerichtsrates sein dürfen.

Die Kommission hat in einem Zusatz zu § 133 die Möglichkeit gegeben, mit Genehmigung des Reichstages eine andere Qualifikationsleistung als durch Markentellen zuzulassen. Es wird jetzt hinzugefügt: auch ein anderes Zahlungsverfahren, als durch Einzahlung bei der Reichskasse.

Die weitere ganze Paragraphenreihe bis § 341 wird ohne Erörterung erledigt; an einigen Stellen werden Kompromißanträge Schluß angenommen, die das interne Verfahren betreffen.

Nach § 342 wird den Arbeitgebern und ihren Angestellten, sowie der Reichsversicherungsanstalt unterlag, die Versicherungen in der Uebernahme oder Ausübung eines Ehrenamtes der Angestelltenversicherung zu befristeten oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung eines solchen Ehrenamts zu befristeten. § 343 liegt ebenfalls vor.

Die Volkspartei beantragt folgenden neuen § 343a: Ein Beisitzer, der zum Vertreter im Verwaltungsrate oder zum Beisitzer im Obergerichtsrate, in einem Schiedsgerichte oder Rentenausschüsse gewählt ist, kann während der Dauer seines Amtes nur aus einem wichtigen Grunde vom Arbeitgeber entlassen werden.

Hg. Dr. Potthoff (Sp.): Wir haben über diese Frage schon gestern verhandelt. Es behält volle Uebereinstimmung im Sinne darüber, daß irgendwelche Schlußregeln für die Angestellten hier in das Gesetz hincumkommen müssen. Diese Paragraphen hier haben an einem Fehler: sie haben keine praktische Bedeutung, es sind rein moralische Deklamationen. Denn die offene oder verdeckte Drohung mit Kündigung, die Furcht vor der Kündigung wird durch sie nicht getroffen. Unter Antrag ist außerordentlich beherrschend; er will weiter gar nichts, als die Kündigung oder Entlassung eines Angestellten während der Dauer eines Ehrenamts auf eine wichtigen Grund beschränken. Das ist wichtiger Grund ist, würde das Gericht in Streitfällen zu entscheiden haben, nach dem Bundesgesetzgebungs- und der Gewerbeordnung, in denen

Die französische Offensive gegen Deutschland“. Von Colonel Arthur Boucher, Franc. Preis 1 Wl. Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg i. O.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19111203014/fragment/page=0001

diese Fälle erschöpfend aufgeführt sind. Nun haben allerdings die Vertreter der Angestelltenorganisationen selbst Bedenken gegen diese Formulierung geäußert. Sie sagen, wenn während der sechs-jährigen Dauer des Ehrenamts ein Angestellter tatsächlich aus einem wichtigen Grunde entlassen wird, finde er keine Stellung mehr. Aber dieses Ehrenamt schließt absolut nicht durch; er kann dann ja einfach sein Ehrenamt niederlegen und findet als freier Mann genau so wieder eine Stellung wie früher.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Ich habe heute mit Vertretern der großen Angestelltenverbände über den Antrag Rothloff Stellung genommen, und wie Rothloff selbst schon mitteilte, haben die Herren selbst die größten Bedenken gegen ihn. Die Herren glauben auch, daß § 342 in der Kommissionsfassung ihnen die Sicherheit bietet, die sie verlangen, während die Annahme des Antrags Rothloff vielfach auf die Arbeitgeber gerade anwendbar wären könnte, ihnen die Übernahme des Ehrenamts überhaupt nicht zu gestatten. An sich ist ja bei den Rentenausfällen ein Konfliktfall noch gar nicht gegeben; auch in den Kaufmannsgerichten usw. arbeiten doch Arbeitnehmer und Arbeitgeber sehr gut zusammen.

Abg. Gue (smz): Ich ist für den Antrag Rothloff; eine Verbesserung ist er immerhin. Es handelt sich um eine Anregung seiner Partei.

Abg. Dr. Rothloff (Sp.): Bis hier haben wir uns bei diesem Gesetz nicht um den Vorrang der Anregung gekümmert. Aber dieser Antrag stammt wirklich von mir und meinen politischen Freunden. Ich stehe ein für alle Mal auf dem Boden meines Parteifreundes, des Frankfurter Stadtrats Fisch.

Der Antrag wird abgelehnt. In den §§ 362 bis 366, wird unter Abänderung eines sozialdemokratischen Antrages genehmigt. Mit § 367 beginnt der Abschnitt Erstattungen.

Abg. Emmel (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten die Erstattungen räumweg ablehnen. Die Interessen der Versicherten kommen da nicht in Frage, weil bei den allgemeinen, obligatorischen Kassen.

Das Wort wird dazu nicht weiter genommen.

§ 368 bestimmt in seinem letzten Absatz: Bei Kassen, die für mehrere Unternehmungen errichtet sind, befreit der Beitritt einer Unternehmung, welche der Kasse gegenüber am 15. Oktober e 1911 noch nicht vertraglich zur Versicherung der Mehrheit oder einer bestimmten Gruppe ihrer Angestellten verpflichtet war, die Angestellten dieser Unternehmung nicht von der Versicherung bei der Reichsversicherungsanstalt.

Nach § 367 müssen bekanntlich die als Erstattungen zugelassenen Versicherungsanstalten schon vor dem 15. Oktober 1911 bestanden haben und bei Stellung des Antrages rechtsfähig sein.

Abg. Dr. Rothloff (Sp.): In manchen Fällen, z. B. der Allgemeinen Pensionskasse des Verbandes deutscher Erwerbs- und Hilfslosenvereine, ist die Versicherung auf Grund des Mortuariums des § 368 die Bedingung, daß sie nicht als Erstattungen für die angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt werden dürfen, wegen des Termins vom 15. Oktober. Es ist doch selbstverständlich, daß sich dieser Absatz des § 368 nur auf solche Unternehmungen bezieht, die noch nicht tatsächlich angeschlossene waren. Diese Kasse und eine Reihe weiterer können also befreit sein.

Zu § 370 stellt auf Antrag der Ministerialdirektor Caspar fest, daß Voraussetzung der Zulassung als Erstattungen gleiche Leistungen wie der Reichsversicherungsanstalt sind; mit welchen Beiträgen diese Leistungen sichergestellt werden, ist gleichgültig.

§ 370 hat folgenden Wortlaut:

Die Beiträge der Arbeitgeber zu den Kassen müssen mindestens den reichsgesetzlichen Arbeitgeberbeiträgen gleichkommen. Die von den Arbeitgebern gemachten besonderen Aufwendungen sind auf die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber gleichmäßig anzurechnen.

Abg. Behrens (wirtsch. Ag.) beantragt, daß auch in den Erstattungen die Beiträge der Arbeitgeber nicht niedriger sein dürfen, als die der Versicherten.

Abg. Dr. Rothloff (Sp.) und **Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)** wollen keine Kasse als Erstattungen zugelassen haben, die höhere Beiträge von den Versicherten verlangt als die Reichsversicherungsanstalt.

Geh. Rat Dr. Beckmann: Es ist selbstverständlich, daß eine kleinere Kasse mit größeren Risiko höhere Beiträge bei gleichen Leistungen erfordert. Die Leistungen müssen die gleichen sein, die Beiträge können höher sein.

Ministerialdirektor Caspar: So länger über die Frage diskutiert wird, um so bedenklicher wird sie. Die Kommission wollte den Kassen nach Möglichkeit den Fortbestand als Erstattungen ermöglichen und zwar auf der bestehenden Weise. Das ist durchaus berechtigt. Die Kommission hat nun schon einen bedeutenden Eingriff zugunsten der Unternehmer gemacht. Bei den neuen Erstattungen, die aus Zuwendungen, die allein von den Unternehmern herkommen, über große Mittel verfügen, müßten an sich die Zinsen dem Unternehmer allein zugerechnet werden; die Kommission hat aber gesagt, diese Zinsen sollen gleichmäßig den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen angedreht werden. Man hat also die Lasten der Versicherten da erleichtert. Damit haben sich die verbündeten Regierungen abgefunden. Aber noch weiter können

wir nicht gehen. Da wäre die Wirkung auf das Fortbestehen der Kasse fraglich.

Abg. Dr. Fleißner (Ztr.): Stimmt dem Abg. Behrens und Rothloff zu. Das Plus, das erforderlich ist, um eine Kasse zu lancieren, darf man nicht auf die Angestellten abwälzen.

Der Antrag Behrens wird angenommen.

Zu § 370 beantragt Abg. Vogel (nl.) die Wiederherstellung des Kommissionsberichts erster Lesung. Nach § 363 teilt die Reichsversicherungsanstalt, falls bei einer Zulassung innerhalb der ersten zehn Jahre ein Versicherungsfall eintritt, zur Beitragszahlung der Kassenleistungen einen einmaligen Zuschuß. Der Kommissionsbericht erster Lesung zu § 370, den der Antrag wiederherstellen will, wollte diesen § 363 für die Knappschaftsvereine und Knappschaftskassen mit der Möglichkeit in Geltung lassen, daß der einmalige Zuschuß ohne zeitliche Beschränkung geleistet wird.

Abg. Vogel (nl.) führt zur Begründung seines Antrags aus, daß die infolge der verschiedenen Bemessungen der Beiträge bei der Reichsversicherungsanstalt und den Knappschaftskassen bestehende Spannung von fünf Jahren den letzteren großen Schaden bringe. Häufig würden die Kassen die Renten zahlen müssen, während die Beiträge in die Reichskasse fließen. Man muß doch berücksichtigen, daß die Knappschaftskassen auf gesetzlicher Grundlage beruhen, das ist anders als bei den Erstattungen. Diese können sich den Leistungen entziehen und sich eventuell auflösen; dagegen müssen die Knappschaftskassen bestehen. Der Antrag hat den Zweck, die den Knappschaftskassen drohenden Härten zu vermeiden. Wird er abgelehnt, so würde das dahin führen, daß die Arbeiter zu den Leistungen der Kasse für die Angestellten herangezogen werden. Der Antrag entspricht den Wünschen der Arbeiter und der Arbeiter.

Geh. Rat Dr. Beckmann erwidert dringend um Ablehnung des Antrags, indem er seine Begründung aus der Kommission wiederholt. Wenn man für Knappschaftskassen die Vergünstigung des Erlases der Renteinrichtung beibehält, schafft man zweierlei Recht: für die Mitglieder der Knappschaftskassen genehmigt man eine Rentezeit von fünf Jahren, für alle übrigen Angestellten dagegen von zehn Jahren. Das ist vom rechtlichen Standpunkt nicht gut zu befürworten.

Die Sozialdemokraten stellen zu § 370 Anträge, die die Absicht verfolgen, daß da, wo nach Vorchrift des Gesetzes die Beamtenschaft von der Arbeiterklasse abgetrennt werden muß, die Beamten in die Verwaltung dieser Kasse hinein sollen.

Abg. Sahlé (Soz.) begründet den Antrag.

Abg. Dr. Rothloff (Sp.): Den Anträgen der Sozialdemokraten steht die Grundfrage. Es ist nur eine wirtschaftliche Aussonderung, eine besondere Vermögensverwaltung. Auch die Beamtenschaft wird ruhig von der Verwaltung getrennt, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. Bis hier ist noch keine Besondere von den Beamten genommen, daß sie von den Arbeitgebern nicht schließt behandelt werden; da kann man es weiter so lassen.

Die Anträge der Sozialdemokraten werden abgelehnt.

Der Antrag Vogel wird gleichfalls abgelehnt. Für ihn stimmen auch die Sozialdemokraten.

Bei § 381 über die Versicherungsbeiträge mit Lebensversicherungsunternehmen tritt

Abg. Erbberger (Ztr.) zu drei dritten Lesung um Auskunft über verschiedene Zweifelsfragen, die sich bei älteren Versicherten aus der Beziehung seiner Lebensversicherungs-Gesellschaft zur Reichsanstalt ergeben.

Die Resolutionsarbeiten werden ohne Erörterung erledigt. Die Feststellung des Präsidenten von dem Abschluß der Beratung wird mit Beifall aufgenommen.

Montag 2 Uhr: Petitions- und Rechnungs-Kommissionsberichte, Ostafrikanische Bahnvorfrage und Kommissionsbericht über die südafrikanische Diamantenfrage.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Bündler und der Fischzoll.

L. C. Der Abg. Dr. Struве veröffentlicht in einem Blatt seines Wahlkreises einen Artikel, der die Bestrebungen des Bundes der Landwirte auf Errichtung eines Fischzollens ganz entschieden zurückweist. Er führt u. a. aus: Der Zoll würde die Preise für Seefische für kurze Zeit in die Höhe schnellen lassen. Der Konsum würde aber zurückgehen und die Fische würden wieder billiger werden, billiger als vorher. Die Notlage der Fischeri entstünde durch die mangelnde Wahrscheinlichkeit der großen Fänge. Kommt es doch immer noch vor, daß bei übermäßigem Fangen ein Sprösser oder Hering in die Netze überweilt als Dinge aufs Land gefahren wird, auf Markt unserm Volke eine billige Nahrung zu liefern. Darum ist es nach Ansicht der Liberalen notwendig, den Fischzoll zu heben. Das kann geschehen durch billige Tarife für Seefische, durch Maßnahmen der Gemeinden, wie Fischkultur, Anlage von Fischhallen und mögliche Förder-

stellen des Verkaufs, durch größeren Konsum von Seefischen bei Meer und Marine. Ein freier unabhängiger Fischereistand ist, so sagt Struве mit Recht, ein wertvoller Gewinn für unser Volk. Aber von dem Zoll würden die Fischer selbst keinen Nutzen haben. Einen gewaltigen Vorteil würden aber die Inhaber der Aktien oder Beteiligte der großen Heringsfang-Besellschaften haben. Jeder Zoll wird dort die Kurie steigern und die Inhaber der Partien können zu einem höheren Preis verkaufen. Dazu kommt die Schwermere der Zollkontrolle. Je höher der Zoll, desto größer würde der Schmuggel werden. Auch die Verwallung selbst würde bei höheren Seefischen zu großen Unzulänglichkeiten führen. Frühere Fische — gute Fische — lagten das Sprichwort: Die Zollabfertigung auf See oder in den Zollhäfen würde eine große unnütze Verzögerung in der Beförderung und Verarbeitung der Fische herbeiführen.

Dr. Struве erinnert schließlich daran, daß in der Petitions-Kommission des Reichstages kürzlich die Forderung der konservativen Reichstagsabundaten Dr. Langemann, des Gensers Gotheims, auf Schußzoll für die vom Ausland eingeführten frischen Fische durch Übergang zur Tagesordnung erledigt worden ist, wobei der Redner der konservativen Partei selbst für die Tagesordnung eingetreten ist und gesagt habe, der Fischzoll würde den Fischern schwerlich zu dem ihnen gehoffte Verbesserung der Lage bringen. Die Konservativen also selbst als Gegner der konservativen Fischereiarbeiter! Ein interessantes und zugleich höchst amüsanter Bild!

Ein Antrag an den Deutschen Reichstag.

Die deutsche Kolonie in Konstantinopel, die sich schon mehrfach politisch betätigt hat, richtete an das Präsidium des Deutschen Reichstags eine Protestdepeche gegen die Behandlung Perzins durch England. Das Reichstagspräsidium hat die Reichstagsmitglieder von dem Inhalte des Telegramms in Kenntnis gesetzt. Dementsprechend ist der Entschluß (d. h. die Vereinigung über der Klub) Sadeb. In der Depeche heißt es:

„Tief beunruhigt durch die Vergeltung und Beugung des internationalen Rechts und der Menschewürde, die mit einem Zynismus ohne gleichen behandelt worden sind, protestieren wir, die deutsche Kolonie in Konstantinopel, lebhaft vor der zivilisierten Welt gegen diesen Überfall unseres Landes und drücken unsere tiefen Wünsche darüber aus. Wir rufen alle Verteidiger der Menschewürde, des Rechts und der Gerechtigkeit unter den Völkern auf, sich mit uns zu vereinigen zum gemeinsamen Kampfe gegen einen so gewalttätigen und ungerechten Angriff.“

Das Extemporale.

Aus Hamburg wird berichtet: Der Erlaß des preussischen Kultusministers über das Extemporale beschäftigte am Freitag unsere Bürgerchaft. Von liberater Seite wurde die Oberprüfungsbehörde interpelliert, ob sie dem Erlaß die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt und die erforderlichen Anordnungen für die Samstagsmorgens Schulen getroffen habe. Der Vertreter der Oberprüfungsbehörde erwiderte, daß unsere Behörde bereits eingehend über den Erlaß nachgedacht habe. Sie glaube aber, daß das Extemporale als Wertmesser für die Leistungen der Schüler an sich unentsprechend sei.

Neue Verordnungen des Landwirtschaftsministers für eine verstärkte Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Wir wissen, daß der preussische Minister für Landwirtschaft für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche neue Anweisungen erlassen, die vom 1. Dezember ab zu gelten haben. Der kommende Winter bietet die Möglichkeit, gegen die Seuche mit strengeren Maßnahmen vorzugehen, besonders in bezug auf die Stallpferde. Ein wesentliches Zurückdrängen der Seuche ist aber unbedingt notwendig, wenn sie nicht im nächsten Sommer von neuem eine große Ausbreitung gewinnen soll. Die aus wirtschaftlichen Gründen in dem Erlaß vom März d. J. vorgesehene Verkürzung der Sperrezeit hat sich wiederum als unzulänglich als beendlich erwiesen. Infolgedessen soll in Zukunft der verweilende Ort oder der Gutsbezirk den Sperrezeit bilden. Dabei sollen benachbarte, nach ihrer Lage oder ihren Verhältnissen, besonders gefährdete Orte, Ortsteile oder Gehöfte einbezogen werden. Bei vereinigt liegenden verweilenden Gehöften kann der Sperrebezirk auf diese, bei großen Orten auf Ortsteile beschränkt werden, wenn dies veterinärpolizeilich angängig erscheint. Innerhalb des Sperrebezirks unterliegen sämtliche Weideweiler und Schweine in den verweilenden Gehöften der Stallpferde. Dasselbe Regel gilt in der Regel auch für die untergehenden Schiffe an Land, bis aus allen Seuchengebietten das Stauentwässer über die Seuche abgewickelt und die Desinfektion durchgeführt ist. In den verweilenden Orten ist durch die Stationierung mindestens eines Gendarmen für genaue Beachtung der Schutzregeln zu sorgen. Verweilende Ställe dürfen nur von den Besitzern, den mit der Wartung der Tiere beauftragten Personen und Tierärzten betreten

Woher kommt die Glatze?

Von Max Lesser.

Endlich beginnt man einzusehen, daß die Glatze ungesund und unästhetisch ist, daß das Haar ebenso auf den Kopf gehört, wie eine elegante Kose an den Körper einer schönen Frau. Leider aber kommt diese Einsicht meistens zu spät. Die ausgebildete Glatze kann nur noch die Kunst des Perückenmachers verdecken. Ohne deshalb ist es Pflicht eines jeden Herrn, sich bei Zeiten, das heißt, so lange er noch Haar hat, mit den Ursachen der Glatze bekannt zu machen. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß ihre Entstehung noch nicht völlig aufgeklärt ist. Wenn wir auch eine Reihe von Voraussetzungen kennen, die den Haarausfall begünstigen, so gibt es andererseits auf diesem Gebiete noch mancherlei Rätsel. Einer ist, daß Bewegung und Anlage eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Geistige Arbeit und Überanstrengung wirken sich nicht, wenn auch nicht in dem Maße, wie man gern glauben machen will. Der beste Beweis für das Gegenteil ist, daß zahlreiche Gelehrte — es sei nur an Kommen, Curtius, Treitschke usw. erinnert — sich einer ziemlich großen „Mühe“ erfreuten. Dagegen ist die Glatze häufig eine Folge ausnehmend Lebensweise, besonders auf geschlechtlichem Gebiet. Ungeeignete Ernährung, das heißt solche, bei der es an eiweißhaltigen Salzen fehlt, wie sie die meisten Gemüße enthalten, ist sehr oft die Ursache der Kahlheit. Schließlich kommen die verschiedenen Haarleiden in Frage, die auf Grund langer Erfahrung zu ihrem größten Teil als Folgen unangenehmer Behandlung der Haare ansehen. Die Hauptpflicht hat eben immer wieder die total verzeirte Pflege, sofern von einer solchen gesprochen werden kann, und die verschiedenen Kulturmethoden, die wir alle, um nicht aufzufallen, getreu und geduldig mitmachen. Aber „wie wir es heute als unästhetisch empfinden“, schreibt Professor Saffar, „wären sich zu bedauern, so werden es auch einst die der Kahlheit

gehen! Jetzt findet die Welt es ganz natürlich, daß die meisten Männer haarlos werden. Hier liegt ein Trugschluß vor. Derselbe wie beim Zahnverlust. Die große Verbreitung von enthaarten Reizmitteln und die allgemein übliche Gleichgültigkeit ihnen gegenüber, die negative Betätigung der ärztlichen Welt, die hergebrachte Sorglosigkeit angeht der ersten Anzeichen, alles dies führt dazu, daß die meisten Leute haarlos und allmählich kahl werden, wenn sie es nur erleben.“

Von den Haarartenheiten ist eine der häufigsten die scheinbare Plechie, als deren Urheber ein Pilz nachgewiesen ist. Insevere Pausterei sind oft damit befaßt und übertragen die Krankheit auf ihren Beschäftigten. Auch von Mensch zu Mensch ist die Krankheit ausgedehnt leicht übertragbar. Vorsicht beim Freizeit! Es ist selbstverständlich Pflicht jedes von dieser Krankheit Befallenen, öffentliche Bäderbäder nicht mehr aufzusuchen, andererseits ist der Spezialarzt in Anspruch zu nehmen. Die Haare sind bei dieser Krankheit kurz abgetrennt, als ob sie von ungeheurer Hand geschoren wären. Sie sind glanzlos, wie behaart, und nicht selten ragen nur noch geringe Haare aus den erkrankten Partien hervor. Auf der Haut erzeugt die Plechie rote, mit Bläschen besetzte Stellen. Man sieht dann zwischen mehreren, bis 4 Cm. große Schuppen mit spärlichem Haarwuchs. Der Haarboden ist an der erkrankten Stelle oft mit einer Lage fest anhaftender, weißer Schuppen bedeckt, und leicht empfindlich. Besonders bei Wulstgeschwür, eigene Sandbilder, eigenes Kammzugg, das ständig besichtigt werden muß, sind für den mit dem Leiden Befallenen unbedingt erforderlich. Wir warnen bringen vor eigener Behandlung dieses Leidens. Bekannt ist ferner der stideweiße Haarausfall, ein nicht minder schweres Leiden, was das dortstehende beschriebene. Kennzeichen sind, das an rundlichen, schiefen, förmigen, allmählich an Umfang zunehmenden Stellen eine Lockerung der Haare und weiterhin vollständiger Haarausfall eintritt, ohne daß die Haut selbst dabei irgendwelche auffällige Veränderungen zeigt. Der Haarausfall kann so heftig sein, daß die be-

fallenen Stellen innerhalb weniger Tage vollkommen kahl werden. Dies tritt gewöhnlich ohne jede Störung des Allgemeinbefindens, ohne Schmerz, Jucken oder Jucken ein. Für die Krankheit gelten ebenfalls die oben angeführten Vorsichtsmaßnahmen, sowie ausschließliche Behandlung durch den Arzt. Nebenher wollen wir erwähnen, daß Eileitungsbestrafung gute Erfolge gehabt hat. Das häufigste aller Haareleiden ist indessen der Haarausfall, der durch Schuppen oder Schuppenbildung entsteht. Dieses Leiden ist ein der langwierigsten, wenn es erst einmal zur vollen Entwicklung gekommen ist, weshalb wir dringend empfehlen, sofort einzutreten, falls sich etwa keine Symptome bemerkbar machen. Schabstämme „Haarwuchsmittel“, Stahldröhnchen, tragende Schaumbäder sind Erreger oder zum mindesten Beförderer der Schuppenbildung. Die hygienische Pflege des Haares, z. B. nach der bewährten Jodol-Methode, ist das Beste, was man tun kann, um seinen Krantheiten vorzubeugen. Die durch Dr. M. Dr. Nr. 179 111 gefällige Verfahren gemounten Kräuterzuzüge führen dem Haarausfall jene Stoffe zu, die zum Aufbau des Haares, ferner zur Anregung der Tätigkeit der Haarpapillen in besonders günstiger Weise beitragen, weil sie durch ihre organische Natur besonders leicht assimilierbar sind. Denn wie in der ganzen menschlichen Wissenschaft mehr als früher das Bestreben herrscht, nicht allein Krankheiten zu heilen, sondern auch zu verhüten, ist auch beim Haar das Bestreben jetzt vor allem darauf gerichtet, Erkrankungen, die zum Haarausfall führen, vorzubeugen. Ja, die so häufig als Familienkrankheit vorgehobene, angeerbte, frühzeitige Kahlköpfigkeit, die in sehr vielen Fällen gar nicht auf Vererbung zurückzuführen ist, sondern auf Übertragung in der Familie selbst, von einem zum andern, so daß sie zur Familienkrankheit wird, würde durch frühzeitige zweckmäßige Behandlung im Rahmen der Jodol-Methode ihre angeblich angeborene familieneigenschaftlichkeit sehr oft verlieren! Die Haare werden unter rationeller hygienischer Pflege bis ins hohe Alter hinein gesund und frisch erhalten werden können.

Hervorragend billige Weihnachts- Angebote!

Reisekoffer
Reisetaschen
Coupékoffer
Anzugkoffer
Blusenköffer

Herren- u. Damen-
Portemonnaies
Zigarren-Etuis
Brieftaschen
Reise- Necessaires

Schultornister
Musikmappen
Aktmappen
Markttaschen
Photographie-Albuns

Gelegenheitskauf!
1 Posten
moderne
Damentaschen
aparte Neuheiten
Enorm billig!

Grösste Auswahl! Nur gute haltbare Fabrikate!

Hermann Röchel

40 obere
Leipzigerstrasse 40

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Man beachte meine 6 Schaufenster.

Sündern, Schlächtern usw. ist das Betreten verheuerter Gebiete zu unterjagen. Die Abgabe roher Milch aus verheuerter Gebiete ist verboten. Das Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf Butter und Käse. Die Einfuhr und Ausfuhr von Kleinvieh ist unter zeitweiliger Kontrolle gestellt. Um den Sperrbezirk ist ein ausstreichendes Beobachtungsgebiet zu legen, für das genaue Bestimmungen in bezug auf die Abhaltung von Viehmärkten, den Wolf- und Durdtrieb und die Ausfuhr von Kleinvieh erlassen sind. Die Sendung hatte am 15. August mit 38 340 verheuertem Vieh ihren höchsten Stand erreicht. Seither ist sie in Deutschland langsam und in Preußen rascher zurückgegangen. Insgesamt sind bisher in Preußen 2 bis 3 Prozent der Gebiete mit Viehbestand und etwa 10 Prozent der Kinderbestände von der Sendung ergriffen worden.

Die Nachrichten über Neuweisung der Stellen des Staatssekretärs des Reichskolonialamts und des Gouverneurs von Ostafrika sind, wie jetzt auch die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, unrichtig. Ueber die Ernennung des Staatssekretärs ist noch keine Entscheidung getroffen.

Braunschweig, 2. Dez. Auch bei den heute vollzogenen Stichwahlen zur Braunschweigischen Landesversammlung sind die bürgerlichen Kandidaten mit überwiegender Mehrheit gewählt worden.

Parteinachrichten.

Die „front ausschließlich gegen rechts“

Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zu nehmen, rät ein Geheimer Ratrat Dr.-Ing. Th. Landsberg in einem Schreiben, das im „Berliner Tageblatt“ Aufnahme gefunden hat.

Zu dieser Taktik sagt die „Freie Zeitung“ in einem längeren Artikel:

Schon die Rücksicht auf die künftige Gestaltung der inneren Politik im allgemeinen zwingt die fortschrittliche Volkspartei, neben dem Kampf gegen rechts auch mit aller Energie den gegen links zu führen. Abgesehen davon aber würde es eine Abwanderung der Partei bedeuten, wenn sie darauf verzichtete, die Angriffe der Sozialdemokratie zu parieren, und wenn sie ihr gutwillig alle Mandate überlassen wollte, die der Rabulismus beanprucht oder beanspruchen zu können glaubt. Die fortschrittliche Volkspartei würde, wenn sie das täte, in Zukunft zum Ge-

spät aller werden und sich der allgemeinen Misachtung ausliehen.“

L. C. Der Vorstand des Kreises Freystadt in Schlesien hat an die Gemeindeforscher seines Gebietes eine Anweisung ergehen lassen, wonach ihnen verboten wird, Abschriften der Wählerlisten anzufertigen und an andere zu versenden. Diese Anordnung scheint uns wenig im Sinne des Ministererlasses zu liegen, der die Behörden anwies, hinsichtlich der Abschrift der Wählerlisten nach keiner Richtung hin Schwierigkeiten zu bereiten.

Hot- und Personalmachrichten.

* Der Kaiser nahm Freitag nachmittag im Schloß zu Weß den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn von Lyncker entgegen.

* Fürst zu Stolberg-Berningerode und Prinz August zu Söhenlohe-Dehringen sind Sonnabend in Berlin hier eingetroffen.

* Der sinesische Gesandte Kiang Cheng hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der erste Legationssekretär Hoo Wei Yen die Geschäfte der Gesandtschaft.

Ausland.

Rußlands Marsch nach Teheran.

Die Ablehnung des Ultimatus.

London, 2. Dez. Die letzte Sitzung des persischen Parlaments vom Freitag zeigte, wie die „Times“ aus Teheran meldet, eine stille Feierlichkeit. Das Hauptthema war, daß kein Perser die Vernichtung der Unabhängigkeit seines Landes unterzeichnen wolle. Eine Resolution in diesem Sinne wurde gegen Rußland und England gefaßt. Das Haus vertagte sich um Mittag.

Draußen wartete eine ungeheure Menge auf den Glockenschlag der Mittagsglocke, denn in diesem Augenblick ließ die Perser die russischen Ultimatus ab. Am Nachmittag wurde die Resolution dem russischen Gesandten mitgeteilt und der Minister des Aeußern gab dann sofort seine Entlassung.

In den Moskowen und Straßen kam es zu antirussischen Kundgebungen. Bis zum letzten Augenblick, fährt der Teheraner Korrespondent der „Times“ fort, hatte die britische Regierung Persien ermahnt, Rußlands Forderungen zu erfüllen, aber die Warnung fand taube Ohren. Man mag England offen der Untreue an. Später informierte gestern das Parlament, daß er keinen Anteil

an dem Streit nehmen wolle, daß er sich aber natürlich der Entscheidung des Parlaments füge. Er wird seine Aufgabe erfüllen, bis Rußland ihn absetzen wird. Es wird aber nicht geglaubt, daß Rußland formell den Norden Persiens besetzen wird. Es zieht eine persische Regierung vor, deren Einsetzung ermöglicht würde durch eine Rückkehr des Erzchahs oder einen Staatsstreich der Kadjanen. In russischen Kreisen in Teheran glaubt man, daß die Kadjanen bereit sind, den Staatsstreich zu wagen, um so mit russischer Hilfe Schachmeister Schaher zu verdrängen. Aber diese Ansicht werde doch nicht allgemein geteilt, sagt der „Times“-Berichterstatter.

Aus Petersburg melden „Morning Post“ und „Times“, daß Rußland jetzt nichts anderes kann, als sofort die Truppen von Rescht weiter ins Innere marschieren zu lassen. Genauer sagt die „Morning Post“, daß die Truppen heute von Rescht nach Kaswin gehen werden. Ob sie bis Teheran vorrücken werden, meldet die „Times“, hängt ganz von der Entwicklung der Dinge in den nächsten 4 oder 5 Tagen ab. Aber in Petersburg werde niemand ein, wie dieser Vormarsch aufgehalten werden sollte, wenn die persische Regierung nicht nachgibt. Dabei erkenne man gern an, daß die Anwesenheit russischer Truppen in Teheran zu bedauerlichen Verwicklungen führen könnte, zumal es bekannt sei, daß russische Beamte die Gelegenheit benutzen werden, ihren persönlichen Ehrgeiz auf Kosten des Landes zu befriedigen. Andererseits ist man in Petersburg offenbar, wie der „Daily Telegraph“ von dort meldet, einig über die Haltung Englands. Sir Edward Gren habe so ausgezeichnet den russischen Standpunkt verteidigt, daß dem russischen Auswärtigen Amt nichts mehr hinzuzufügen bleibe.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Carl Weisner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtmann; für den Vaterlandteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Hotel Alemannia

1911 eröffnet.

am Anhalter Bahnh. Anhaltstr. Berlin.

575 nahe Wilhelmstrasse. Moderner Neubau mit jedem Komfort. Zimmer von Mk. 2,50 an.

Mein
diesjähriger großer
Weihnachts-Verkauf
mit den bekanntesten außerge-
wöhnlichen Vorteilen beginnt am
Montag 4. Dezember

In diesen Verkauf stelle ich meine gesammelten großen Warenbestände aus allen Abteilungen. Es bietet sich hier durch eine besonders günstige Gelegenheit praktische Weihnachtsgeschenke aller Art preiswert einzukaufen.

August Polich
Leipzig

Der illustrierte Katalog I. und Stoff-Proben werden portofrei zugelandt.

Poststrasse!

Albert Drechsler Nachfolger

Poststrasse 21.

Als neuen Weihnachtsartikel empfehle:

Fertige Negligé-Anzüge für Herren

in aparten Farben zu mässigen Preisen.

Schlafröcke, Hausjackets, farbige Westen

Hosenträger etc. in grosser Auswahl.

Massanfertigung in kürzester Zeit.



Ein beliebtes Weihnachtsgeschenk
ist und bleibt ein

Photographischer Apparat.

Wir unterhalten eine reiche Auswahl von Mk. 4.— an bis 450.— zu deren Besichtigung wir Sie frdl. einladen. Bereitwilligste Auskunft. — Nach dem Fest kostenlos fachmännischen Unterricht.

Ballin & Rabe

Poststrasse 18.

Spezial-Geschäft für Photographie und Projektion.

Hermann Rühl

No. 11 gegenüber dem Kaiserdenkmal No. 11

- Viele neue reizende Geschenkartikel -
kunstgewerblicher Art in allen Preislagen.

Sehenswerte Weihnachts-Ausstellung.

Bitte meine Schaufenster zu beachten.

Marzipan

nur eigenes bestes Fabrikat

ff. Leb- und Honigkuchen, Baumkonfekte,
feinste Konfitüren, Bonbonniären und Attrappen

empfiehlt

Johannes Mitlacher

Poststrasse 11.



Otto Kummer, Poststr. 9.
Telephon 3673.

Spezialgeschäft feiner Genfer und
:: Glashütter Taschenuhren :: ::

A. Lange Söhne, J. Assmann, Glashütte,
J. J. Badollet, Genf.

Goldene Damenuhren mit aparten Dekorationen.
Moderne Hausuhren (Westminster-Gong).

H. Langrock Nachf.,

Gegründet 1836.

Inhaber: Max Fischer,

Poststrasse 9/10,

Damenhandtaschen in allen Preislagen.
Zigarrentaschen, Schreibmappen, Schirmmappen,
Brieftaschen, Musikmappen, Kollommappen,
Portemonnaies, Aktenmappen, Postmappen,
Reisetaschen, Reisekoffer
Hosenträger, Marktaschen

Fahrpeitschen :: Reitpeitschen :: Gamaschen :: Sporen

Kutschgeschirre und Reitzzeuge.

Eigene solide Fabrikate.

Neuanfertigungen und Reparaturen jeder Art schnellstens.

Weihnachts-Angebot.

Auf meine bekannt nur guten Waren gebe ich bis 10. Dezember 10% Rabatt.

Gegründet 1834
:: Fernruf 2137 ::

C. Tausch, Poststr. 8.

Inh. Hedwig Geissler,

empfiehlt sich
zur Deckung des

Weihnachtsbedarfes

in folgenden
Artikeln:

-- Tischzeuge, Handtücher, Bettbezüge, weiss und bunt, --
Taschentücher, Schürzen, Kragen, Manschetten, Krawatten etc.

Reichhaltiges Lager

fertiger Damen- u. Herren-Wäsche.

Juweliere und Edelschmiede.

Wratzke & Steiger

Fernr. 2464.

Hoflieferanten

Halle a. S.

Reichhaltigste Lager von Juwelen und Perlen,
:: wie alle Gold- und Silberwaren. :: ::

Bitte unsere Schaufenster zu beachten.

Albert Neubert,

Buch- u. Kunsthandlung ■■■ Poststrasse 7

empfiehlt

Jugendschriften, Klassiker, Geschenkliteratur

in antiquarischen sowie Romittenden-Exemplaren und Restauflagen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Reichhaltiges Lager von Kunstblättern in allen Ausführungen
:: und modernen Rahmungen zu bekannt billigen Preisen. ::

Gustav Rensch, Poststr. 4 (Rensch-Passage).

Spezial-Magazin für Haus u. Herd.

Beleuchtungs-Gegenstände für Elektrisch, Gas etc.

Grosse Auswahl kunstgewerblicher Erzeugnisse.

Württembergische Metallwaren.

Bowlen, Tee- u. Kaffeeschmaschinen, Weinkühler.

Nickel-Einzelgeräte, Alpacca-Silber-Bestecke.

Schwerstes Aluminium-Kochgeschirr.

— Viele Neuheiten. —

Vertriebsstelle der

Spiritus-Zentrale, Berlin.

Sämtliche Artikel für

Spiritus-Verwertung.

(Bisher: Grosse Steinstrasse 58.)



Hüte

in den modernsten
Farben u. Formen.

Carl Müller, Poststrasse 3.

Inhaber: A. Lange.

Telephon 3810.

Friedmann & Co.

Bankhaus — Poststrasse 2.

An- und Verkauf von Wert-
papieren,
Diskontierung von Wechseln,
Besorgung von Hypotheken auf
Häuser und Ackerwirtschaften,
Einlösung von Coupons,
Besorgung neuer Zinsbogen.

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr,
Beileihung von Wertpapieren,
Hypothekenbriefen usw.
Stahlkammer (Fächer unter
eigenem Verschluss der Mieter),
Annahme und Verzinsung von
Bareinlagen.

Provisionsfreier Verkauf mündelsicherer 4% Wertpapiere
und anderer guter 4, 4½ und 5%iger Anlagewerte.

